



öffentlich

**Betreff:** Raum für alle 'Shared Space' für die Friedrich-Ebert-Straße

**Einreicher:** Fraktion FDP

Erstellungsdatum 17.09.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.10.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in dem Bereich der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße / Gutenbergstraße „Shared Space“ einzuführen. Dazu ist ein Finanzierungs- und Umsetzungskonzept mit dem Haushalt 2011 vorzulegen.

Der Bereich zwischen Nauener Tor und Charlottenstraße insgesamt ist für „Shared Space“ zu prüfen.

gez. Martina Engel-Fürstberger  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

In anderen Städten wurden sehr gute Erfahrungen mit diesem Modell gemacht (Senkung der Unfallraten, weniger Stau, weniger Aggression). Das Modellprojekt des „Shared Space“ in Babelsberg hat zu ebenfalls guten Ergebnissen und einer erhöhten Aufenthaltsqualität geführt.

Die Friedrich-Ebert-Straße ist sowohl von Autofahrern, als auch Fahrradfahrern und Fußgängern stark frequentiert und außerdem eine Achse des ÖPNV.

Eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer würde zu mehr Rücksichtnahme und zur Entschleunigung des Verkehrs beitragen, ohne weitere Einschränkungen für einzelne Gruppen zur Folge zu haben. Auch Busse und Straßenbahnen, die momentan mit teilweise äußerst mutiger Geschwindigkeit die Friedrich-Ebert-Straße entlang fahren, müssten sich als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer entsprechend vorsichtig verhalten.

Diese Lösung ist auch als Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessenslagen zum Thema Verkehrsberuhigung Innenstadt geeignet.